



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 05.11.2015

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
am Dienstag, 10. November 2015, um 17:30 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 22.9.2015

2. 15-F-33-0028

ANLAGEN

Neubau der HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken

- *Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 22.9.2015* -

- *Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 27.3.2015* -

3. Grundstück Wilhelmstraße

3.1 15-V-80-2322

DL 47/15-1 NÖ

Rückabwicklung des Kaufvertrages über das Grundstück "Wilhelmstraße/Parkhaus Rhein-Main-Halle"

- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 10.11.2015 -

3.2 15-V-80-2332

DL 47/15-2 NÖ

Grundstück Wilhelmstraße - Vergleichsverhandlungen mit der OFB

- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 10.11.2015 -

4. 15-F-33-0074

Werbegroßflächen in problematischen Lagen

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 22.10.2015 -

In dem erfreulichen Urteil des Verwaltungsgerichtshofes (VGH) in Kassel, welches der Stadt Wiesbaden ein rechtmäßiges Vorgehen bei der Versagung von Baugenehmigungen zur Aufstellung weiterer Groß-Werbetafeln bescheinigt, bestätigt sich auch die Auffassung der Stadt, an verschiedenen Stellen der freien Sicht auf historisch oder architektonisch wertvolle Bauwerke einen Vorrang vor Werbeflächen einzuräumen.

Daher wolle der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, dem Ausschuss zu berichten:

1. Wie viele Groß-Werbeflächen sind in der Stadt Wiesbaden ohne Baugenehmigung errichtet worden und an welchen Standorten?
2. In welchem Stand befinden sich die Verfahren zur Beseitigung der nicht rechtmäßig aufgestellten Groß-Werbeflächen und wann ist mit einer Entfernung zu rechnen?
3. Werden neben nicht erteilten Baugenehmigungen auch andere Gründe zum Abbau von Groß-Werbeflächen geltend gemacht (z. B. Verstöße gegen den Denkmalschutz, Sicherheitsaspekte aufgrund nicht ausreichender Standfestigkeit oder Materialermüdungen etc.)?
4. Bis wann wird der Magistrat einen umfassenden Gesamtbericht gemäß Beschluss 0046 vom 25.03.2014 zur Aufwertung Wiesbadener Brücken vorlegen?

5. 15-F-03-0114

Umwandlung Fahrspuren in Parkspuren vs. Radverkehrsförderung
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2.11.2015 -

In der letzten Zeit wurden vermehrt Fahrspuren zu temporären Parkspuren umgewandelt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. Wie lässt sich der Sachverhalt, dass in der letzten Zeit einige Fahrspuren zu temporären Parkspuren umgewandelt wurden, mit der Notwendigkeit auf diesen Spuren feste Radspuren (Radfahrstreifen oder Schutzstreifen) zu installieren, in Einklang bringen?
2. Ist der Magistrat der Ansicht, dass durch diese Maßnahmen Instrumente der Radverkehrsförderung prinzipiell eingeschränkt werden?

6. 15-F-07-0007

Werbefahrzeuge aus dem öffentlichen Straßenraum entfernen
- Antrag der Fraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 4.11.2015 -

In ansteigender Stückzahl sind auf den Wiesbadener Straßen Kraftfahrzeuge, Anhänger und in der letzten Zeit insbesondere Fahrräder zu beobachten, die ausschließlich zu Werbezwecken im Straßenraum abgestellt werden.

Solche KFZ-Anhänger verunzieren zum Beispiel den Kreuzungsbereich Erich-Ollenhauer-Straße / Saarstraße, aber auch andere Ausfallstraßen. Werbefahrräder belegen die Fahrradständer im Innenstadtbereich, am Bahnhof und am Dernschen Gelände und verhindern die Nutzung der Abstellanlagen für tatsächliche Verkehrsbedürfnisse. Bei diesen Nutzungen öffentlicher Verkehrsflächen handelt es sich, wenn klar erkennbar ist, dass das Abstellen der Fahrzeuge nicht Verkehrsbedürfnissen, sondern der Verbreitung von Werbebotschaften dient, um genehmigungspflichtige Sondernutzungen und nicht um Gemeingebrauch.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

1. Das zuständige Dezernat wird beauftragt, durch geeignete Maßnahmen sicher zu stellen, dass die betreffenden Fahrzeuge aus dem öffentlichen Straßenraum entfernt werden.
2. Falls es hierzu notwendig ist, rechtliche Voraussetzungen zu schaffen, ist die Gefahrenabwehrverordnung in geeigneter Weise zu ergänzen.

7. 15-F-03-0095 ANLAGE

Sachstand Lindequartier

- *Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 22.9.2015 (BP 0183)* -

8. 15-F-05-0016 ANLAGEN

Schlüsse aus der Umfrage im Westend ziehen - Mobilitäts- und Parkumfrage in Wiesbaden

- *Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 23.09.2015* -

- *Änderungsantrag der Fraktion Linke&Piraten vom 01.10.2015* -

- *Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 1.10.2015 (BP 0371)* -

9. 15-F-05-0011 ANLAGE

Hearing zur Stellplatzsatzung

- *Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 22.9.2015 (BP 0181)* -

10. 15-F-03-0115

Sachstand Kläranlage

- *Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2.11.2015* -

Wegen strengerer Grenzwerte und Richtlinien seitens der Europäischen Union, plant die Stadt eine Erweiterung und Modernisierung des Hauptklärwerks an der Mainzer Straße. Der Magistrat hat im April 2014 dem 14,3 Hektar großen Areal noch mal zwei Hektar hinzugefügt. Der geplante Neubau der Kläranlage war seitdem einige Male Thema in der lokalen Presse (z.B. 14.05.15, WK: Besitzer schlägt Alarm: Erweiterungspläne für Hauptklärwerk Wiesbaden könnten Hammermühle gefährden). Es zeichnen sich offenbar Probleme mit der Nachbarschaft ab.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

über den Stand des Bebauungsplanverfahrens für die Erweiterung und Modernisierung des Hauptklärwerks an der Mainzer Straße zu berichten. Insbesondere soll dabei auf die presseöffentlich aufgeworfenen Themen

- Mindestabstand zur Nachbarbebauung (Hammermühle)
- Geruchsemmissionen (Rechtslage)
- Fortschreibung des Kläranlagenkonzepts

eingegangen werden.

11. 15-F-03-0116

Passivhäuser unabhängig prüfen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2.11.2015 -

Laut Pressemitteilung der GWW ist die Energiebilanz der Passivhäuser in der Siedlung Weidenborn schlechter als die der Häuser nach EnEv Energieeinsparverordnung-Standard und das bei weitaus höheren Baukosten. Unter anderem erklärte die GWW das unbefriedigende Ergebnis mit dem Nutzer/innenverhalten.

Dabei gibt es mittlerweile in Deutschland zehntausend Passivhäuser, die wissenschaftlich untersucht sind und die ihre Tauglichkeit bewiesen haben. In Frankfurt baut die städtische Wohnungsbaugesellschaft sogar seit Jahren ausschließlich Passivhäuser und die Mieterinnen und Mieter wissen die niedrigen Verbrauchskosten zu schätzen. Die Aussage der GWW, dass Passivhäuser mehr Energie als die Häuser nach EnEv Energieeinsparverordnung-Standard verbrauchen, erscheint daher fragwürdig.

Der Ausschuss möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

die GWW aufzufordern,

1. im Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr über die Ergebnisse der Untersuchung zu berichten.
2. alle Daten zur Verfügung zu stellen, damit eine unabhängige Prüfung erfolgen kann.

12. 15-F-03-0117

Park & Ride in Wiesbaden am Beispiel Schierstein
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2.11.2015 -

Der Ortsbeirat Schierstein setzt sich seit längerem für einen Park & Ride Parkplatz im Einzugsbereich des Schiersteiner Bahnhofs ein. Die Antwort des Verkehrsdezernats auf einen dementsprechenden Antrag lautete, dass dieser Wunsch bei der Neuaufstellung des Verkehrsentwicklungsplans mit dem Zielhorizont 2030 Eingang finden würde.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

zu berichten, welche Möglichkeiten er sieht, zeitnah im Einzugsbereich des Bahnhofs Schierstein einen Park & Ride Parkplatz für Pendler/innen aus der Richtung Rheingau kommend, einzurichten.

13. 15-F-03-0118

Verkehrszählung

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2.11.2015 -

Für den Verkehrsentwicklungsplan (VEP) müssen Erhebungen über die Anteile der verschiedenen Verkehre erfolgen.

Der Ausschuss möge daher beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten,
 - in welchem Rahmen für den VEP Verkehrsdaten erhoben und Modelle angewendet werden.
 - wie insbesondere die Daten für den Radverkehr erhoben werden.
2. zu prüfen,
 - ob in diesem Rahmen ein mobiler „Eco counter“ (<http://www.eco-compteur.com/de/>) zur Quantifizierung des Radverkehrs beschafft werden kann, der gleichzeitig als „weiche Maßnahme“ der Radverkehrsförderung fungieren könnte und ob dafür Sponsoren dafür gefunden werden könnten.

14. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 15-F-08-0036

ANLAGE

Sicherheit von Kindern und Jugendlichen im Straßenverkehr
- *Bericht des Dezernates IV vom 16.10.2015* -

2. 15-F-33-0066

ANLAGE

Umsetzung des Elektromobilitätsgesetzes (EMoG) in Wiesbaden
- *Bericht des Dezernates VII vom 5.10.2015* -

3. 15-V-01-0019

DL 42/15-1

Jahresbericht 2014 des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt Wiesbaden

4. 15-V-04-0012 ANLAGE

Gestalterisches Umfeld Platz der deutschen Einheit
- Schreiben des Dezernates IV vom 16.9.2015 -

5. 15-V-04-0014 ANLAGE

Bornhofenweg, Walkmühle, Flur 28, Flst. 218/34 und 218/35 - Bauvoranfrage zum städtebaulichen Konzept zur Bebauung der Erweiterungsfläche auf dem Areal der Walkmühle

- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 10.11.2015 -

6. 15-V-20-0052 DL 46/15-5

Übersicht der durch den Magistrat bis 30.09.2015 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

7. 15-V-20-0053 DL 46/15-6

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.09.2015 genehmigten über- und Berplanmäßigen Ausgaben

8. 15-V-36-0015 DL 42/15-3

Fortschreibung Landschaftsplan: "Planungskarte" und Karte "Gesetzlich geschützte Flächen"

9. 15-V-61-0028 DL 48/15-1

Nahversorgungszentrum Anne-Frank-Straße / Goerdeler Straße in Wiesbaden - Klarenthal,
1. Änderung des Durchführungsvertrags

- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 10.11.2015 -

10. 15-V-61-0030 DL 45/15-9

Baumaßnahmen der US-Gaststreitkräfte im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden:
Neubau Schulen in der Liegenschaft Wiesbaden Hainerberg im Ortsbezirk Südost.
Hier: Sprinkler-/Löschwassergebäude und Parkplatz

11. 15-V-63-0009 **DL 46/15-12**

Wiesbaden, Brunhildenstr. 39 - 45, Welschstr. 12 - 16,
Neubau von 7 Mehrfamilienhäusern mit gemeinsamer Tiefgarage

12. 15-V-66-0109 **DL 45/15-10**

Einführung eines Grünflächen- (GRIS) und Straßeninformationssystems (STRIS) in den Ämtern 67 und 66 - Mittelbedarfsergänzung für den Erwerb und die Einführung

13. 15-V-66-0216 **DL 44/15-9**

Elsässer Platz - Einbeziehung in die Bewohnerparkregelung

14. 15-V-66-0304 **DL 47/15-9**

Entwicklung des Instandhaltungs- und Investitionsbudget 2015 des Dezernates IV für die Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Gehwege, Ingenieurbauwerke) mit Ausblick 2016/2017

15. 15-V-66-0306 **DL 42/15-6**

Verkehrssicherung an Fahrbahnen und Gehwegen in Wiesbaden und AKK 2014

16. 15-V-80-2329 **DL 44/15-1 NÖ**

Verzeichnis der vom 01. April 2015 bis 30.06.2015 genehmigten Grundstücksvorlagen

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kessler
Vorsitzender